

Michael Bröning

Wie man Rechtspopulismus (nicht) bekämpft

Wenn rechtspopulistische Bewegungen durch reines »Gesicht zeigen« und »Kurshalten« überwunden werden könnten, wäre dies längst geschehen. Doch sie sind nicht nur in Deutschland, sondern in weiten Teilen Europas weiter auf dem Vormarsch. Während der aktuelle Anstieg der AfD in Umfrage- und Wahlergebnissen eine relativ junge Entwicklung darstellt, gehören vergleichbare Bewegungen in anderen europäischen Ländern seit geraumer Zeit zur politischen Normalität. Noch ist unklar, inwieweit es sich bei dieser populistischen Welle um einen langfristigen Trend handelt. Das aber dürfte nicht zuletzt von der Reaktion der etablierten politischen Parteien abhängen und davon, ob diese bereit sind, aus den erfolglosen Bekämpfungsversuchen der Vergangenheit endlich Schlussfolgerungen zu ziehen.

Das etablierte Parteienspektrum Europas hat auf den Zulauf von Rechtspopulisten in den meisten Fällen mit einer Strategie der gesellschaftlichen Ächtung reagiert. Diese auch als Cordon sanitaire bezeichnete Strategie ist prinzipiell naheliegend und plausibel. Doch der europäische Vergleich zeigt, dass eine solche Kombination aus Gesprächsverweigerung, moralischer Verurteilung und politischer Ausgrenzung nur noch eingeschränkt tragfähig ist – ebenso übrigens wie die mancherorts versuchte kritiklose Einbindung von Rechtspopulisten durch Kooperationen.

Es ist nicht so, als hätte man es nicht versucht: In Schweden weigerten sich die beiden großen Tageszeitungen des Landes bis Juni 2006 Anzeigen der rechtspopulistischen Schwedendemokraten zu schalten. Sowohl der Chef der niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders als auch Marine le Pen vom französischen Front National mussten sich vor Gericht dem Vorwurf der Volksverhetzung stellen. Die finnische Präsidentin Tarja Halonen beschimpfte Wähler der rechtspopulistischen Wahren Finnen 2011 als Rassisten, während sich vor einem Jahr in der Schweiz sieben (!) etablierte Parteien in einem »Bündnis gegen Rechts« organisierten. Auch gegen den »Frontalangriff« der Schweizerischen Volkspartei auf »Demokratie, Standort und Werte« sollten die Reihen geschlossen werden. Entsprechende Appelle an »alle demokratischen Kräfte« kursieren nun in Bezug auf den jüngsten FPÖ-Erfolg in Österreich.

Ähnliches gilt in Deutschland: Hier postulieren katholische Bischöfe eine »Unvereinbarkeit christlicher Überzeugungen mit der Mitgliedschaft in der AfD«, während Stadtverwaltungen AfD-Parteivertretern den Zugang zu öffentlichen Gebäuden verwehren. Kongresszentren ziehen Mietangebote für AfD-Parteitage zurück. Journalisten, die zumindest punktuell die Auseinandersetzung mit AfD-Sympathisanten ertragen, erhalten Ehrungen ob ihres Einsatzes gegen die »Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas« durch die »Hassprediger« der AfD und die zumindest im Ostteil

des Landes mit ihr lose verbundene PEGIDA-Bewegung. Die Liste ließe sich fortsetzen. Das Problem ist nur: Den anhaltenden Zulauf für die Populisten konnte dies bislang nicht stoppen.

Weshalb? Weil die Beschreibung rechtspopulistischer Wählerinnen und Wähler als diskursiv nicht mehr zu erreichende irrationale »Menschenfeinde« weder überzeugend, noch zielführend ist. Gleiches gilt für die daraus folgende Weigerung gerade der linken Mitte, rechtspopulistische Parteien, die als »Hetzer«, »Rattenfänger« und »Ängsteschürer« tituiert werden, als politische Kräfte zu berücksichtigen. Faktisch stärken diskursive Ausgrenzungsversuche lediglich die populistische Selbstwahrnehmung als vermeintlich aufrechte Dissidenten gegen das fortwährend beschriebene angebliche »Meinungsdiktat des Mainstreams«. Weshalb also tun wir ihnen diesen Gefallen?

Hinzu kommt: Unter dem Druck des Faktischen dürften Gesprächsverweigerungen spätestens dann schwierig werden, wenn die vormals boykottierten Kräfte in Parlamente eingezogen sind. Dies gilt vor allem, wenn sie sich dort – wie etwa in den Niederlanden oder in Dänemark – eben nicht in kürzester Zeit selbst delegitimieren. Ebenfalls hinfällig wird eine solche Strategie, wenn rechtspopulistische Parteien die boykottierenden Kräfte in Meinungsumfragen und Wahlen hinter sich lassen. Mit welchem Recht boykottiert dann eigentlich wer noch wen?

Im Kern ist die Verweigerung des Dialogs ein politisches Ausweichen, das nicht als argumentative Stärke, sondern als Schwäche ausgelegt werden kann. Sie ist ein Signal der Hilflosigkeit. Zumal den rechtspopulistischen Bewegungen über soziale Medien ohnehin alternative Kommunikationskanäle und öffentliche Foren zur Verfügung stehen.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Versuch, rechtspopulistische Parteien in Europa durch Ausgrenzungsversuche zu delegitimieren, nicht mehr erfolversprechend. Ausgrenzung mag aus taktischen Gründen unmittelbar vor Wahlen dazu dienen, die eigene Kernklientel zur Stimmabgabe zu mobilisieren. Doch dies hat zugleich gegenteilige Effekte, schließlich führt Mobilisierung durch Polarisierung auch zu verstärkten Motivationseffekten bei der Gegenseite.

Entscheidend für die Wahl einer erfolgreichen Konfrontationsstrategie ist vielmehr eine realistische Wahrnehmung des Gegners. Hier aber liegt einiges im Argen. Letztlich beruht die bislang praktizierte Strategie maßgeblich auf Erfahrungen der Auseinandersetzung mit neo-faschistischen Bewegungen, die seit den 50er Jahren sporadisch aktiv geworden sind – nicht zuletzt in (West-)Deutschland. Damals waren diese Versuche sinnvoll und erfolgreich. Im Kampf gegen den aktuellen Rechtspopulismus – nicht zuletzt bezogen auf die AfD – jedoch müssen sie an Grenzen stoßen. Denn sie lassen Ursachen, Motive und Charakter des aktuellen rechtspopulistischen Moments und die rechtspopulistischen Wählerinnen und Wähler selbst weitgehend außer Acht.

Fragwürdige Gleichsetzung

In Deutschland beruht die Auseinandersetzung der linken Mitte mit der AfD bislang zum großen Teil auf einer simplifizierenden Gleichsetzung. Die durchaus vielschichtige, jedoch – trotz partieller Querverbindungen in rechtsextremistische Milieus – demokratisch aufgestellte AfD wird dabei grosso modo mit neofaschistischen Gewalttätern gleichgesetzt.

Dieser Vergleich aber ist weder adäquat noch hilfreich. Anders als rechtsextremistische Bewegungen setzen aktuelle rechtspopulistische Kräfte wie die AfD gezielt auf mehr direkte Demokratie als Gegenmittel gegen die als »abgehoben« karikierten, vorgeblich »demokratisch nicht legitimierten« technokratischen Eliten.

Auch die formalisiert vorliegenden programmatischen Positionen etwa der AfD liefern kaum belastbare Belege für eine solche Gleichsetzung. Die »politischen Leitlinien« der AfD in ihrer Fassung vom Mai 2014 zum Beispiel beruhen auf den Schwerpunktsetzungen »Westbindung«, »direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild«, »Subsidiarität«, »soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards«, »finanzielle Nachhaltigkeit«, »Unabhängigkeit der Justiz«, »eine dem Geist des Grundgesetzes entsprechende Ausrichtung der Bundeswehr«, »Einwanderungspolitik nach klaren Kriterien, z.B. in Anlehnung an entsprechende Kriterien wie in Australien oder Kanada« und »Würde des Menschen«, die »ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und sozialer Verantwortung verlangt«. Das am 1. Mai 2016 verabschiedete Grundsatzprogramm der AfD knüpft bei allen Unstimmigkeiten im Wesentlichen hieran an – trotz der provozierenden Feststellung »Der Islam gehört nicht zu Deutschland« und klaffenden Leerstellen in zentralen Politikfeldern.

Man mag dies für bürgerliche Camouflage halten und im Abgleich mit Interviewversatzstücken als grundsätzlich widerlegt – doch ein konzeptioneller Unterschied zu rechtsextremistischen Bewegungen bleibt offenkundig. Anders als diese setzen die Populisten der AfD eben nicht auf einen rassistischen Führerstaat, die Auslöschung bürgerlicher Rechte oder die Leugnung nationalsozialistischer Verbrechen.

Hiermit korrespondiert auch die personelle Zusammensetzung der AfD-Leitungsebene, die zumindest in weiten Teilen von bürgerlich arriviertem Personal und Vertretern der Mittelschicht geprägt ist. Ebenso entscheidend: Auch die Zusammensetzung der bisherigen AfD-Wählerschaft widerlegt die Rechtsextremismus-Analogie in weiten Teilen. Tatsächlich zeigt eine Analyse, dass die AfD in den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt Stimmen von allen anderen Parteien (und aus dem Lager der Nichtwähler) erhalten hat – nicht zuletzt aus dem SPD-Milieu. Schon in den Thüringer Landtagswahlen 2014 kam der größte Teil der AfD-Wähler von der traditionellen Linken. Eine aktuelle Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft beschreibt AfD-Wähler gar als vergleichsweise gut gebildet und »besserverdienend« – ein klarer Gegensatz zum medial oft bemühten und von Teilen der linken Mitte gepflegten Bild des rechten Mobs im Schafspelz.

Das bedeutet nicht, dass sich im Umfeld rechtspopulistischer Bewegungen nicht auch extremistische Kräfte identifizieren ließen. Doch eine Konfrontationsstrategie der etablierten Parteien, die jeden Unterschied zwischen der AfD und extremistischen Gewalttätern in Abrede stellt, untergräbt die eigene Glaubwürdigkeit. Zudem stellt sie eine Pauschalisierung dar, die gerade progressive Kräfte in anderen Zusammenhängen stets zu Recht zurückweisen.

Die Rationalität des »zornigen Viertels«

Der aktuelle Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen ist kein deutsches, kein rein europäisches, sondern ein global auftretendes Phänomen, das Elemente des Hindu-

Nationalismus in Indien ebenso umfasst wie Shinzo Abes Nationalismus in Japan oder das Phänomen Donald Trump in den USA. Bei allen Unterschieden eint diese heterogenen Bewegungen die Dimension einer Reaktion gegen wachsende ökonomische und kulturelle Ungleichheiten und wahrgenommene Werteverstärkungen – der regelmäßig erhobene *World Value Survey* spricht hier eine deutliche Sprache.

In zahlreichen Staaten Europas ist Rechtspopulismus dabei aber auch – und das ist zentral – Konsequenz eines nicht nur herbeifantasierten Scheiterns etablierter politischer Strukturen bei der Lösung real existierender Probleme. Nicht zuletzt die Eskalation der europäischen Flüchtlingskrise 2015 hat dieser Entwicklung und dem damit verknüpften Gefühl des Kontrollverlustes massiv Vorschub geleistet.

Als Schlüsselkonzept erscheint hier der Begriff des Vertrauens. Umfragen wie das *Edelman Vertrauensbarometer* verweisen darauf, dass 2016 nur noch 39 % der bundesdeutschen Bevölkerung Zutrauen in die Politik haben. Besonders dünn ist der Vertrauensvorsprung mittlerweile gegenüber etablierten Parteien. Hier belegen Umfragen, dass 67 % der Bevölkerung Parteien »wenig oder gar nicht« vertrauen.

Verdienen rechtspopulistische Bewegungen das Vertrauen in größerem Maße? Sicher nicht. Ihre Antworten sind meist alles andere als überzeugend. Nur müssen sie sich aus der Position der Fundamentalopposition heraus eben zumeist kaum an der Realisierbarkeit ihrer Forderungen messen lassen. Unabhängig von der langfristigeren Tragfähigkeit populistischer Rezepte bleiben sie in Westeuropa für einen Sockel von rund 25 % der Wählerinnen und Wähler attraktiv – der ehemalige schwedische Ministerpräsident Carl Bildt spricht hier von einem »zornigen Viertel« der europäischen Bevölkerung.

Der Zorn dieses Viertels ist auch, jedoch *nicht notwendigerweise vollständig* irrational. Eher im Gegenteil: Viele dieser Sorgen werden, anders formuliert, auch traditionell von linken Kräften artikuliert. Hierzu zählen insbesondere: Skepsis gegenüber der wirtschaftlichen und politischen Rationalität der derzeitigen europäischen Integration, Empörung über das wachsende Wohlstandsgefälle eines globalisierten Kapitalismus, der Wunsch nach Beeinflussbarkeit der Politik im Rahmen nationalstaatlicher Demokratie, Sorgen um eine vertraute Umwelt und Heimat, Sorge vor den Auswirkungen von Einwanderung vor allem aus islamischen Ländern auf den alltagskulturell laizistischen Charakter europäischer Gesellschaften sowie Frustrationsgefühle gegenüber als bürgerfern wahrgenommenen Funktionseleiten in Politik und Wirtschaft.

Diese Ängste sind teilweise übertrieben. Doch sie sind weder faschistoid noch Ausdruck von »Menschenfeindlichkeit« oder Indiz eines »falschen Bewusstseins«. Ein solches ließe sich mit einigem Recht eher bei jenen Verantwortlichen diagnostizieren, die die Sorgen von Wählerinnen und Wählern mit wenig mehr kontern als mit zunehmend wütender vorgebrachten Appellen, »Kurs zu halten«, und die jede Möglichkeit eines Politikwechsels mit Rückgriff auf polit-ökonomische Alternativlosigkeiten als abwegig diskreditieren.

Tatsächlich sind die von Rechtspopulisten thematisierten Sorgen gerade in traditionellen Wählermilieus der Sozialdemokratie besonders ausgeprägt. Wer diese Alltagsängste und Wertvorstellungen lächerlich macht oder sie einfach in einer pauschalen manichäischen Aburteilung als »rechtsextreme Hetze« brandmarkt, droht auf die

Dauer Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die politische Urteilsfähigkeit einzubüßen. Gerade in Bezug auf sozialdemokratische Parteien läuft das tendenziell auf die Beschimpfung des eigenen Wählermilieus hinaus.

Als entscheidend erweist sich hier die Einsicht, dass es eben nicht rechtspopulistische Parteien sind, die die Wähler zum Populismus verführen, sondern dass ein beträchtlicher Anteil mündiger Wählerinnen und Wähler Parteien stützt, die ihre zentralen Anliegen auf die Agenda setzen. Die Fixierung der Auseinandersetzung nur auf die Parteien selbst führt vor diesem Hintergrund jedoch nicht entscheidend weiter. Im Gegenteil: Wer Rechtspopulismus eingrenzen will, muss die Wähler dieser Parteien – ihre Probleme und Interessen – stärker in den Blick nehmen. Ein solcher Ansatz aber ist das exakte Gegenteil einer moralischen Aburteilung *ex cathedra*. Antworten, in denen AfD-Wähler als »Feinde der Demokratie«, »Schande für Deutschland« oder schlichtweg als »Idioten« bezeichnet werden, mögen für die Urteilenden ein erhebendes Element moralischer Prinzipienfestigkeit beinhalten – sie dürften sich jedoch als wenig hilfreich erweisen, das Vertrauen dieser Wählerschichten zurückzugewinnen.

Denn bei aller Antipathie für die AfD bleibt doch der Befund: Diese Bekämpfungsstrategie ist bislang weitestgehend fehlgeschlagen. Vielmehr scheint diese Reaktion die rechtspopulistische Wahrnehmung eines »Meinungskartells« des »Establishments« noch zu stärken. Dies nicht zuletzt, da sich in allen rechtspopulistischen Parteien der Topos der »abgehobenen Elite« findet, die die Interessen des »Volkes« nicht nur bewusst übersieht, sondern diese nicht einmal mehr rational nachvollziehen mag.

Die Entkoppelung der Linken

Zwölf Mal wurden Europas Bürger 2015 an die nationalen Wahlurnen gerufen. Die Bilanz war meist bitter. Parallel zum Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte wuchs der Populismus von Linksaußen. 2016 begann ähnlich katastrophal mit der Deklassierung der irischen Labourpartei und mit einem erdrutschartigen Sieg der FPÖ in Österreich.

Teil des Problems ist dabei, dass die traditionellen Heilsversprechen der aufgeklärten Linken auf Internationalisierung, globale Regelungsmechanismen und – in Europa – auf eine stetig zu vertiefende Integration und Expansion der Europäischen Union abzielen. Diese Ziele sind ehrenhaft und zumindest zum Teil ökonomisch geboten. In Zeiten jedoch, in denen das Internationale von relevanten Teilen des Elektorats nicht mehr als Verheißung, sondern auch als Verlust von Steuerungsmöglichkeiten wahrgenommen wird, muss ein solcher Ansatz an seine Grenzen stoßen.

Eine linke Mitte, die Rechtspopulisten in ihre Schranken verweisen will, muss daher die Sorgen und Nöte der Menschen tatsächlich ernst nehmen und politisch beantworten, anstatt sie einfach – etwa in Bezug auf Unbehagen gegenüber Formen religiös legitimierter Gewalt – als Problem fehlgeleiteten politischen Bewusstseins zu brandmarken. Entscheidend ist dabei: Diese Strategie ist eben keine Kopie populistischer Scheinlösungen. Es geht nicht darum, linke Traditionen über Bord zu werfen und rechtspopulistische Bewegungen um den Preis der Selbstaufgabe zu bezwingen. Auch deshalb greift der Vorwurf des Ausverkaufs politischer Ideale ebenso wenig wie der Einwand, die Wähler würden in einer solchen Ausrichtung dem nationalen »Original« ohnehin den Vorzug geben.

Vielmehr geht es um eine Synthese aus sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik mit partiell auch konservativeren Normen im identitären Bereich. Wolfgang Merkel warnt zu Recht vor einer »Kosmopolitismusfalle« der SPD als Konfliktlinie zwischen Eliten und »sozial eher immobilien« Bevölkerungsschichten.

Vor diesem Hintergrund lohnt es daran zu erinnern, dass die gemäßigte Linke trotz aller internationalistischen Überzeugungen immer auch den Interessen der Arbeiterklasse im nationalen Rahmen verpflichtet gewesen ist. Erst im Zuge der forcierten neoliberalen Wirtschaftsordnung ist der Nationalstaat als zentraler Akteur in Verruf gekommen. Eine Linke mit Zukunft sollte ihn stärker als bisher als Vehikel einer progressiven Politik in Wert setzen. Auch und gerade in Zeiten der Globalisierung bleiben dem Nationalstaat entscheidende Steuerungsfunktionen zugeordnet. Diese beziehen sich auf politische Rechenschaftspflichten, das Rechtssystem bis hin zu erwünschten Umverteilungsprozessen über die Steuer- und Ausgabenpolitik und die Sozialsysteme. Wer den Nationalstaat vor diesem Hintergrund wertschätzt, ist noch lange kein Nationalist.

Konkret bedeutet dies für den Umgang progressiver Kräfte mit der Herausforderung durch den Rechtspopulismus: Es gilt erstens, in einer offenen Auseinandersetzung die inhärenten Widersprüche rechtspopulistischer Programmatik und Ideologie bloßzustellen. Dabei wären im europäischen Kontext die Konsequenzen rechtspopulistischen Regierungshandelns von der Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte bis zu polarisierenden Wirtschaftsentscheidungen herauszuarbeiten. Die aktuellen Forderungen der AfD nach einer Wiedereinführung der Wehrpflicht, der Stärkung der Atomkraft, nach einer Abschaffung der Erbschaftssteuer, ihr Ruf nach einem »schlanken Staat«, ihre Lehre vom »Irrweg des Klimaschutzes« oder ihre Forderung nach einem Kurswechsel in der derzeit vorgeblichen »Bagatellisierung von Abtreibungen« bieten dafür zahllose Ansatzpunkte.

Zweitens aber gilt es, den Bürgern Europas durch eine kompetente Lösung der griechischen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der in weiten Teilen hausgemachten europäischen Flüchtlingskrise Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik zurückzugeben – anstatt lediglich die Existenz dieser Probleme infrage zu stellen. Und zwar, ohne sich dies mit zweifelhaften Deals und politischer Erpressbarkeit zu erkaufen.

Auch eine derartige Strategie, die sich darum bemüht, zentrale Ursachen des Rechtspopulismus zu entkräften aber zugleich – ohne Dämonisierungsversuche – dessen programmatische Irrwege zu enttarnen, wird das Problem sicher nicht über Nacht erledigen. Mit Max Weber dürfte die Antwort eher dem starken langsamen Bohren von harten Brettern gleichen. Bei allen Schwierigkeiten aber hat eine solche Strategie größere Erfolgsaussichten als das Errichten mentaler Wagenburgen des »Weiter so«, in denen Wählerinnen und Wähler nicht überzeugt und zurückgewonnen werden, sondern beschimpft.

(In der nächsten Ausgabe erscheint die Erwiderung von Ralf Melzer.)



Michael Bröning

ist Referatsleiter Internationale Politikanalyse in der FES. Zuletzt erschien bei Palgrave: *Political Parties in Palestine – Leadership and Thought*.

michael.broening@fes.de